

Wirtschaft und Politik

## Streit um die Armee eskaliert

### Zu Guttenbergs Sparpläne bringen die Bundeswehr in Rage. Ex-Generalinspekteur Harald Kujat warnt vor "Bankrotterklärung" der Außenpolitik.

Christian Müßgens Berlin Zwischen Politik und Militärs ist ein heftiger Streit um die Zukunft der Bundeswehr entbrannt. "Es ist nicht vernünftig, an den Ressourcen der Truppe zu sparen", sagte Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, dem Handelsblatt. "Ich sehe die jetzt diskutierten Sparmaßnahmen als Bankrotterklärung der deutschen Außenpolitik", fügte der Ex-Vorsitzende des Militärausschusses der Nato hinzu.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hatte in der vergangenen Woche vorgeschlagen, das Korps der Zeit- und Berufssoldaten um 40 000 Mann zu reduzieren. Zugleich brachte er eine Aussetzung der Wehrpflicht ins Gespräch. Damit will der Minister bis 2014 einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung von insgesamt vier Mrd. Euro leisten.

Union offen für Wehrdebatte.

Zunächst war er mit seinen Vorschlägen innerhalb der Union auf massiven Widerstand gestoßen. Doch inzwischen signalisierte die CDU ihre Bereitschaft, eine Debatte ohne Tabus zu führen. Auch CSU-Chef Horst Seehofer zeigte sich offen für eine Diskussion. Damit wird eine Reform der Bundeswehr immer wahrscheinlicher, denn der Koalitionspartner FDP hält eine Verkleinerung der Truppe und eine Abschaffung der Wehrpflicht ohnehin für geboten.

Vertreter der Bundeswehr befürchten allerdings, dass die geplanten Einschnitte einseitig auf Kosten der Soldaten gehen. Der Vorschlag, die Wehrpflicht auszusetzen, müsse schnellstmöglich vom Tisch, hieß es in Kreisen der Streitkräfte. Und auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), äußerte sich kritisch zum geplanten Sparprogramm: "Es geht nicht, dass die Bundeswehr immer weitere Aufgaben zugewiesen bekommt, während sich ihre Ressourcen immer weiter verringern."

Zu einer möglichen Aussetzung der Wehrpflicht wollte Königshaus nicht Stellung nehmen, eine wirksame Verankerung der Truppe in der Gesellschaft halte er aber nach wie vor für dringend erforderlich.

Auch der Chef des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, warnte die Bundesregierung vor unüberlegten Schritten. Eine so umfassende Reform, wie sie jetzt diskutiert werde, dürfe nicht allein mit Sparzwängen begründet werden: "Das greift viel zu kurz." Insbesondere ein Ende der Wehrpflicht findet Kirsch unverantwortlich: "Denn mit einer Bundeswehr, in der die Söhne und Töchter des Landes ihren Dienst tun, geht man einfach sorgsamer um als mit einer reinen Berufsarmee."

Kritiker der Wehrpflicht glauben allerdings, dass das Modell schon lange ausgedient hat. Sie verweisen auf neue Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Strategie der Bundesrepublik müsse heute nicht mehr auf klassische Verteidigungskriege ausgerichtet werden, sondern auf regionale, bewaffnete Konflikte in Krisenregionen auf der ganzen Welt. "Das sicherheitspolitische Umfeld hat sich massiv gewandelt", sagte etwa die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Elke Hoff, dem Handelsblatt. "Die Bundeswehr muss kleiner werden, sie muss flexibler werden - und sie muss für neue Einsätze optimal ausgerüstet sein." Die Wehrpflicht in ihrer derzeitigen Form passe nicht in dieses Konzept, zumal von Wehrgerechtigkeit kaum noch die Rede sein könne.

Nur 15 Prozent werden eingezogen.

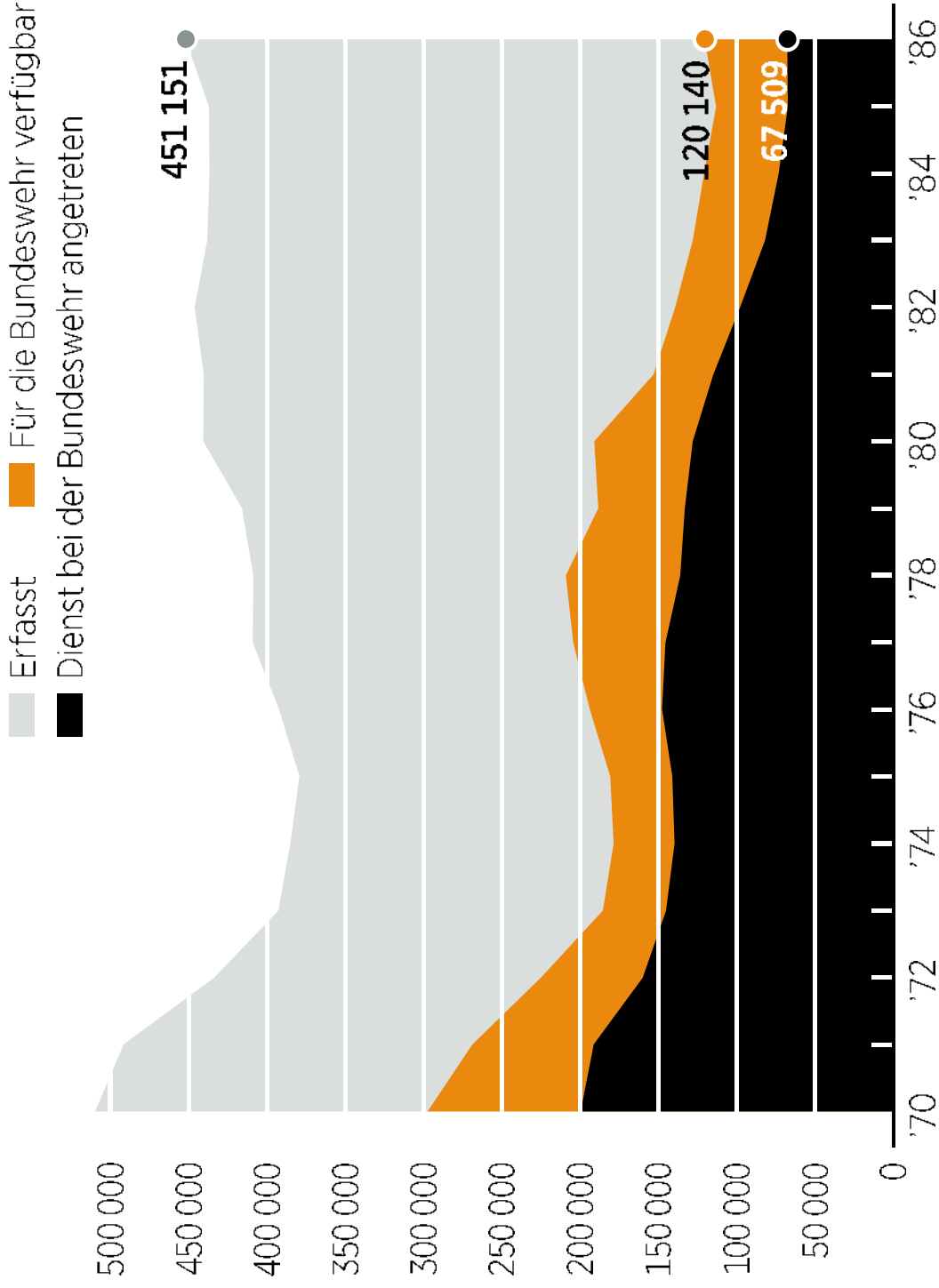
Tatsächlich werden derzeit nur noch rund 15 Prozent der jungen Männer eines Jahrgangs zum Dienst in der Bundeswehr herangezogen (siehe Grafik "Wer geht schon noch zum Bund?"). Der Rest wird ausgemustert oder leistet Zivildienst.

Ex-Generalinspekteur Kujat hält das Argument der fehlenden Wehrgerechtigkeit nicht für überzeugend: "Es gibt in unserer Gesellschaft viele Bereiche, die von den Betroffenen als nicht gerecht angesehen werden. Das ist kein auf die Bundeswehr beschränktes Phänomen." Der deutsche Staat müsse abwägen zwischen der Landessicherheit und der Selbstbestimmung der einzelnen Wehrpflichtigen - und hier müsse die Landessicherheit als höheres Gut gelten.

Müßgens, Christian

# Wer geht schon noch zum Bund?

Zahl der Wehrdienstpflichtigen nach Geburtsjahr



Handelsblatt

Quelle: Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung

Handelsblatt Nr. 109 vom 10.06.2010

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).